



NEWS & THEMEN

- Arbeitnehmer
- Arbeitgeber
- Arbeitsplätze
- Leiharbeit
- Generationen
- Auszubildende
- Zeitfirmen
- Praktikum
- Hartz IV
- Agenda 2010
- Jobcenter
- Gewerkschaften
- Bundesagentur für Arbeit
- und vieles mehr

Echnatons View

Unabhängige Online-Zeitung für Arbeitnehmer und Neugierige!

Arbeitsrelevante Themen aus einem anderen Blickwinkel betrachtet!

Ausgabe Nr. 6 / August 2017

Prekäre Beschäftigung
Arbeitsmarktreformen
Niedriglohnsektor
Moderne Sklaverei
Gewinnoptimierung
Zwangsarbeit
Ausbeutung
Profit & Gier

Agenda 2010
Hartz IV

GdA Betriebsgruppe Echnaton

Der Blog für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!
 Unabhängig von Arbeitgebern & Gewerkschaften!
 Von Beschäftigten und für Beschäftigte!

gdabetriebsgruppe.netzwerkit.de

Die Überarbeitung unseres Blogs zum 9. Juli 2017 wurde planmäßig fertiggestellt. Alle Hauptthemen können nun von der Startseite aus aufrufen werden, sodass eine lange Suche auf den Unterseiten überflüssig wird. Interessiert euch ein Artikel braucht ihr entweder nur auf das dazugehörige Bild klicken oder ihr benutzt am Textende / [aufrufen](#). Verweilt ihr ein Paar Sekunden auf einem Bild wird euch ein separates Infofenster angezeigt. Jedes Thema wird in einem separaten Browserfenster bzw. Tab geöffnet, sodass ihr immer die Startseite im Hintergrund zur Verfügung habt. Sobald ihr mit einem Thema durch seit, einfach das aktuelle Thema schließen und ihr befindet euch wieder auf der Startseite. Alle Hauptthemen auf der Startseite bleiben dauerhaft vorhanden, diese werden lediglich aktualisiert, ergänzt oder erweitert. Ein erneuter Besuch der Hauptthemen ist also von Zeit zu Zeit sinnvoll damit ihr auch nichts verpasst...



Jobcenter – Ungebremste Machtausübung:

Als im Jahr 2003 der damalige Bundeskanzler Gerhart Schröder die Agenda 2010 vorstellte, ahnten nur die wenigsten wo das einmal hinführen wird! Im ersten Atemzug wurde die Agenda 2010 zum Schreckgespenst der deutschen Gesellschaft und im zweiten Atemzug gilt sie seither als Synonym für Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Angst und Terror. Wie viel Leid und Elend die Agenda 2010 letztendlich auslösen würde stand nie zur Debatte! Um vor allem die damalige hohe Arbeitslosigkeit in den Griff zubekommen, wurde aus dem Arbeitsamt die

Agentur für Arbeit gemacht. Diese sollte fortan dafür sorgen das die Arbeitslosenzahlen

drastisch gesenkt werden. Hierzu wurden den Jobcentern verschiedene Optionen zur Verfügung gestellt, um dieses Ziel schnell und unkompliziert zu erreichen:

1. In [§ 10 des SGB II](#) ist u.a. definiert, dass jedem Erwerbsfähigen nahezu jegliche Arbeit zuzumuten ist, wodurch jeglicher Berufsschutz entfällt. Außerdem ist die Lohnhöhe kein Grund einen Job abzulehnen.
2. Arbeitssuchende, Arbeitslose und sonstige Betroffene können zu jeglichen Fördermaßnahmen durch die Jobcenter gezwungen werden.
3. Durch Sanktionsmöglichkeiten kann jeglicher Druck auf Erwerbslose ausgeübt werden.

Gerade die Sanktionsmöglichkeiten berechtigen die Jobcenter dazu Leistungen und sonstige Bezüge bis zu 100% zu sanktionieren, falls Betroffene nicht die Vorgaben der MitarbeiterInnen erfüllen. Durch diese Sanktionsmöglichkeiten wurde den Jobcentern somit ein Instrument zur Verfügung gestellt, um ungebremste Machtausübung gegenüber den Betroffenen ausüben zu können, ohne dass diese sich – nur selten – erfolgreich dagegen wehren können. Wohin diese alleinige Machtausübung führt, beschreiben Betroffene die wegen dem kleinsten Fehlverhalten sanktioniert wurden als reine Willkür. Die MitarbeiterInnen der Jobcenter kümmert dies derweil nicht, sie drangsalieren und schikanieren die Betroffenen auch weiterhin aufs übelste. So kann es schnell mal passieren, dass sich hohe Fehlerquoten bei den Leistungsbescheiden anhäufen oder dass die MitarbeiterInnen zusätzlich diverse Skandale auslösen die die Willkür noch verstärken. Es ist eine beispiellose Schikane, eine Hetzjagd ohne gleichen die von den Jobcentern betrieben wird und die bei den Betroffenen nicht selten zu psychischen Problemen führen!...



Wohnungsnot sorgt für Zoff > Wegen der rasant steigenden Wohnungsnot müssen immer mehr Kleingärtner ihre Parzellen aufgeben: Es ist eine über 200 jährige Tradition. [Carl, Landgraf von Hessen-Kassel](#) hatte um 1800 herum die Idee, wegen der steigenden Hungersnot Land an Arme und Bedürftige zu verlosen. Die Gewinner sollten die Ländereien zur Selbstversorgung nutzen und auf dem gewonnenen Land Obst und Gemüse anbauen.

In der Nachkriegszeit waren Kleingärten besonders wichtig, um die Hungersnot in Deutschland mit zu bekämpfen. Heute werden Kleingärten – auch Parzellen oder Schrebergärten genannt – überwiegend als Entspannungs- und Erholungsort in der Freizeit oder als Urlaubersatz genutzt. Gerade bei Jungen Menschen stehen Parzellen derzeit hoch im Kurs. Diese entdecken zunehmend das positive „grüne Leben“ und die Qualität von selbst angebautem Bio-Essen für sich. Doch die kleinen Paradiese werden zunehmend durch Stadtplaner und Stadträte bedroht. Offiziell begründen diese die Vernichtung der Kleingärten damit, dass wegen der steigenden Wohnungsnot neue Baugebiete erschlossen werden müssen. Leider steckt hier mal wieder nur die halbe Wahrheit dahinter! Diese Begründung wird zu gerne voraus geschoben, damit es zunächst nicht auffällt dass die Parzellegebiete Platz machen sollen für den Bau von Luxuswohnungen, Straßen, Verkehrslinien oder für sonstige lukrative Neubauten weichen sollen. Während sich die Stadträte mit den Kleingärtnern immer heftiger zoffen, nimmt die Vernichtung der Kleingärten zunehmend größere Dimensionen an!...



Angriff auf Grundrecht der Pressefreiheit: Egal auf welcher Seite die Mainstream-Medien auch stehen, eines ist klar: Die Meinungsfreiheit wird ohnehin immer mehr in Deutschland eingeschränkt, doch wenn nun auch noch die Pressefreiheit angegriffen wird stimmen die Verhältnisse nicht mehr. 32 Journalisten wurde beim G20-Gipfel nachträglich die Akkreditierung entzogen. Wer dafür verantwortlich ist, steht noch nicht genau fest. Sicher ist aber, dass eine „Schwarze Liste“ mit Namen von Journalisten an die Polizistinnen und Polizisten des G20 Gipfels verteilt wurde. Bei der Kontrolle durch diese wurden bestimmten Journalisten die besagten Akkreditierungen entzogen. Das ist ein totaler Angriff auf die Pressefreiheit und den Grundrechten jedes Einzelnen. Wo führt das erst hin, wenn wir wegschauen?! Haben wir bald Zustände wie in der Türkei, wo Journalisten ins Gefängnis kommen wenn sie nicht das berichten was die Elite gerne hätte?, das geht gar nicht!



Quelle: Amazon Bad Hersfeld 2016
GdA Betriebsgruppe Echnaton

Ver.di und Amazon Prime Day: Am 11. Juli 2017 war es wieder soweit, Amazon hatte an diesem Tag – wie in den letzten Jahren auch – seine „Prime Day“ Aktion. Pünktlich erschien auch die Gewerkschaft Ver.di auf den Plan und rief zum Streik auf, insgesamt beteiligten sich sechs Standorte an den Arbeitsniederlegungen. Ver.di fordert schon seit Jahren von Amazon für die MitarbeiterInnen einen Tarifvertrag nach den Bedingungen des Einzel- und Versandhandels,

auch wurden die brutalen Arbeitsbedingungen bei den Streiks angeprangert. Während Ver.di permanent beteuert Amazon mit den Streikaktionen empfindlich treffen zu wollen wiegelte das Unternehmen hingegen ab. Amazon verwies auf einen verzögerungsfreien Betrieb und garantierte zudem die Zustelltermine einzuhalten. Da das Unternehmen ohnehin mit solch einer Aktion der Gewerkschaft Ver.di gerechnet hatte, sorgte Amazon vor und rüstete personell auf. MitarbeiterInnen wurden extra zur Gegensteuerung der Streiks vorübergehend eingestellt, doch die Gewerkschaft Ver.di hatte nicht wirklich etwas entgegenzusetzen. So muss man leider die Streiks der Ver.di ziemlich nüchtern betrachten! Einerseits gehen die Streiks ganz klar in die richtige Signalrichtung, doch andererseits schafft die Gewerkschaft Ver.di es einfach nicht genügend Druck gegen den Online-Riesen aufzubauen. Wahrscheinlich? Liegt das mitunter an der falschen Streiktaktik:

Wenn die Gewerkschaft Ver.di jedes mal nur einen Tag vorher und am Tag der „Prime Day“ Aktion streikt ist es nicht verwunderlich das nicht genügend Druckpotential aufgebaut werden kann, so ist es also relativ leicht für Amazon dagegenzuhalten.

Würde die Ver.di die ganze Woche streiken sähe das schon anders aus, was nutzt es schon einen bzw. zwei Tage zu streiken wenn die MitarbeiterInnen die „Prime Day“ Einkäufe der Kunden am dritten Tag zügig abarbeiten müssen?! Bei der ehemaligen DHL Home Delivery in Bremen war das genau die Taktik von Amazon. Nach Beendigung der Streiks wurden sofort Überstunden, Samstagsarbeit und notfalls Dreischichten angesetzt, nur damit es nicht zu Lieferengpässen kommt. So muss man leider die Streikaktionen der Gewerkschaft Ver.di als halbherzig und als nicht konsequent genug ansehen!...

Update Nr. 1: 19. Juli 2017 > Nachdem der Online-Riese Amazon in einer Pressemitteilung verlauten ließ man sei auf die Streiks am „Prime Day Tag“ gut vorbereitet gewesen, indem man vorab personell vorübergehend aufgerüstet hatte, vermeldete die Gewerkschaft Ver.di ebenfalls in einer Pressemitteilung einen etwas anderen Ablauf der Streiktage. Demnach gab es liegengebliebene Paketstapel und Verzögerungen bei der Auslieferung. Die Streikteilnehmerzahlen lagen insgesamt an allen sechs (6) Standorten deutlich über 2000 Beschäftigte. Das Management reagierte nervös und Amazon sei deutlich überfordert gewesen. Die Beschäftigten setzten diesmal wieder auf unberechenbare Streiktaktiken. So wurden die Arbeitsniederlegungen kurzfristig und aus der Schicht heraus angekündigt, oder es kam die sogenannte Rein-Raus-Streiktaktik zum Einsatz: Morgens fingen die Beschäftigten an zu streiken und nach gut zwei Stunden kehrten sie an ihren Arbeitsplatz zurück, um etwas später dann wieder den Streik fortzuführen. Durch diese Streiktaktiken wurden die Streiks für das Management erheblich unkalkulierbarer und der finanzielle Aufwand erhöhte sich dadurch, da das Management ja vorübergehend für die Streiks zusätzliches Personal eingestellt hatte...

Update Nr. 2 : Amazon betrügt seine Kunden! Nachdem die Geschäftsführung von Amazon sowie die Gewerkschaft Ver.di in einer Pressemitteilung die Geschehnisse des „Prime Day“ Tags aus ihrer Sicht geschildert hatten, muss nun festgestellt werden das etwas bei Amazon nicht stimmt. Die Geschäftsführung von Amazon hatte sich zu den Streiks am „Prime Day“ Tag zwar positiv geäußert und zugesichert das die Bestellungen pünktlich geliefert werden, doch was Amazon nicht erzählt hatte ist die Tatsache das alle Bestellungen die nach dem „Prime Day“ Tag bestellt wurden bzw. werden sehr lange Lieferzeiten in Anspruch nehmen werden. Waren normalerweise Bestellungen innerhalb von 3 – 4 Tagen geliefert worden, müssen Amazonkunden nun bis zu 10 Tage und darüber hinaus auf ihre Artikel warten. Kunden die z.B. Artikel am 20. Juli bestellt hatten wird im Memberbereich unter „Meine Bestellungen“ mitgeteilt das die Zustellung zwischen den 30. Juli – 3. August oder sogar erst zwischen dem 8. August – 18. August geliefert bekommen. Somit muss man die Angaben der Ver.di hinsichtlich der Schwierigkeiten bei Amazon durchaus als korrekt erachten. Amazon schafft es offensichtlich nicht mehr die Kunden schnell zu beliefern und versucht die Streikprobleme dadurch zu kompensieren indem die Lieferzeiten weit nach hinten verschoben werden, was nicht gerade Kundenfreundlich ist!



Schuften bis zum bitteren Ende: Wie das statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, gehen deutsche Rentner doppelt so viel arbeiten wie noch vor zehn Jahre. So gingen gut 942.000 Rentner zwischen 65 Jahre und 74 Jahre 2016 einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nach. Obwohl die meisten Rentner bis zu ihrem Renteneintritt in die Rentenkasse voll eingezahlt haben, bekommen diese kaum mehr als die gesetzliche Grund- bzw. Mindestsicherung. Immer weniger Rentner können von ihrer

mageren Rente leben, sodass diese gezwungenermaßen weiterarbeiten müssen. Zusätzlich sammeln immer mehr Rentner Pfandflaschen, wobei die Konkurrenz durch andere Gruppierungen erheblich stark vertreten ist. Da kommt es schon mal zu üblen Beschimpfungen oder auch zu Handgreiflichkeiten. Pfandflaschen die andere achtlos wegwerfen sind für die Ärmsten unter uns zu einem wichtigen Gut geworden. Auch nutzen viele Rentner die Tafeln, da sie hier für ein Paar wenige Euros eine ganze Einkaufsstüte voll mit Lebensmitteln bekommen die für mehrere Tage reichen. Haben Rentner mit ihrem Renteneintrittsalter eigentlich ihr soll, ihre Pflicht erfüllt und sollten ihr Rentnerdasein genießen, heißt es nun für sie Schuften bis zum bitteren Ende. Wer altersbedingt und körperlich nicht mehr in der Lage dazu ist wird vom System verschluckt und endet oft tragisch. Anstatt das dieser Zustand geändert wird, lässt man lieber die perspektivlose junge Generation zu Hause herumsitzen und die Alten weiterhin arbeiten. Eigentlich sollte das doch genau andersherum sein! Im Gegenteil, anstatt die Alten mit 63 Jahre in Rente zu schicken sollen diese immer länger arbeiten. Die neusten Überlegungen gehen sogar schon einen Schritt weiter: Nun denkt man darüber nach das Renteneintrittsalter sogar auf 70 Jahre zu erhöhen. Sollte die CDU im September die Bundestagswahlen gewinnen, ist es höchstwahrscheinlich das die Rente mit 70 kommen wird. Doch was kommt danach? Was bekommt die heute junge Generation einmal, wenn diese erst das Rentenalter erreicht hat?!



Jobcenter gegen Schüler: Das die Jobcenter gegen Hartz IV Empfänger massiv vorgehen ist nicht neu, doch nun wird auch noch brutal gegen Schüler vorgegangen die gerade einmal ihr 15. Lebensjahr erreicht haben. Von diesem Zeitpunkt an werden die Schüler in die „Betreuung“ der Jobcenter mit aufgenommen, da dies rechtlich – durch die Bedarfsgemeinschaft – ermöglicht wird.

Im § 7 Absatz 3 SGB II gehören folgende Personengruppen zu einer Bedarfsgemeinschaft:

- 1 erwerbsfähige Leistungsberechtigte
- 2 die im Haushalt lebenden Eltern oder ein im Haushalt lebender Elternteil eines unverheirateten, erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat (= U25) und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils
- 3 als Partner der hilfebedürftigen Person
 - 1 der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte, 2 der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner 3 eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen (Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft),
- 4 die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder von den in den Nummern 1. bis 3. genannten Personen, wenn die Kinder das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen sichern können.

Durch die beschriebenen Möglichkeiten verschickt das Jobcenter so tausendfache Vorladungen an Schüler, in dem zugleich die Rechtsfolgebelehrungen enthalten sind. Obwohl die Schüler sich auch weiterhin schulisch fortbilden möchten – um später zu studieren – , setzen die Jobcenter ihre unglaubliche Vorgehensweise gegen diese fort. So werden die Schüler unter Androhungen von Sanktionen dazu aufgefordert sich um eine Stellensuche zu bemühen. Um den Druck auf die Schüler noch zusätzlich zu erhöhen, werden diese terminlich zu einem persönlichen Gespräch vorgeladen. Sollten diese den

Termin nicht wahrnehmen, bestrafen die MitarbeiterInnen der Jobcenter die Schüler knallhart mit Leistungskürzungen sowie weiteren Sanktionen. Offensichtlich passt es den MitarbeiterInnen der Jobcenter überhaupt nicht in den Kram wenn die Schüler sich auch weiterhin schulisch fortbilden möchten, damit diese später studieren können! Diese brutale Vorgehensweise gegenüber den Schülern zeigt ein weiteres mal wie gnadenlos die Jobcenter sind. Anstatt die Schüler in ihrem Vorhaben zu unterstützen, drangsalieren die MitarbeiterInnen der Jobcenter lieber hemmungslos weiter und verhindern so das einmal etwas anständiges aus den Schülern wird!

DHL, Verzweiflung sieht anders aus!: Nur die dümmsten Kälber folgen ihren Metzger ins Schlachthaus!, so jedenfalls muss man das derzeit bei den ehemaligen Beschäftigten der DHL Home Delivery sehen.

Was bisher geschah: Nachdem die DHL Home Delivery ihren Standort in Bremen zum 28. Februar 2017 geschlossen hatte und dadurch die gut 300 MitarbeiterInnen ihren Job verloren, versuchte die Geschäftsführung nur einen Monat später einige der ehemaligen



Beschäftigten zu wesentlich schlechteren Konditionen wieder einzustellen. Grund für diese Verzweiflungsaktion war zum einen die Tatsache das eigentlich Leiharbeitnehmer den weiteren Ablauf des Paketentrums im PZ in Bremen übernehmen sollten und zum anderen weil das Paketzentrum in Hemelingen nicht genügend eigenes Personal hatte, um besagtes Paketzentrum auch noch mit abzuwickeln. Doch die Leiharbeitnehmer weigerten sich, nachdem die ohnehin schon miesen Arbeitsbedingungen sich binnen weniger Wochen noch erheblich verschlechterten. So versuchte die DHL schließlich die ansässige Firma Kieserling zu beauftragen die Abwicklung des Paketentrums im GVZ zu übernehmen. Doch siehe da, Kieserling hatte keinerlei Interesse und lehnte dankend ab. Mit größter Überzeugungskraft gelang es der DHL schließlich, wenigstens drei (3) ehemalige Beschäftigte davon zu überzeugen sich wieder neu bei der DHL einstellen zu lassen, natürlich zu wesentlich schlechteren Konditionen!

Update Nr. 1: Aktuell 16. Juli 2017 > Nun laufen die Telefone heiß! Während das Paketzentrum im GVZ Bremen mit immer größeren Problemen zu kämpfen hat, sucht die Geschäftsführung derweil nach einer Lösung. Bedingt dadurch das seit dem Weggang der ehemaligen DHL Home Delivery MitarbeiterInnen ein permanenter Beschäftigungswechsel durch Leiharbeitnehmer im Paketzentrum stattfindet, diese allerdings nicht mehr bereit sind sich den rauen Umgang gefallen zu lassen, läuft im Paketzentrum nicht mehr wirklich viel. Der permanente Mitarbeiterwechsel bringt dermaßen viel Unruhe in den Betrieb, sodass ein reibungsloser Ablauf der Arbeitsprozesse kaum noch möglich ist. So muss die Geschäftsführung mittlerweile ziemlich verzweifelt sein, da derzeit die Telefone bei den ehemaligen MitarbeiterInnen der DHL Home Delivery nicht mehr still stehen. Fast täglich wird von der DHL angefragt ob jemand seinen „alten Job“ wiederhaben möchte. Der Haken an der Sache ist nur: Die DHL will die angedachten Einstellungen zwar vornehmen, allerdings zu erheblich schlechteren Konditionen als wie diese bei der DHL Home Delivery gewesen sind. Diese skrupellose Taktik der DHL ist typisch und zeigt wie respektlos diese gegenüber ihren ehemaligen MitarbeiterInnen ist. Anstatt ihnen faire Konditionen anzubieten versucht die DHL sie auch noch gnadenlos über den Tisch zu ziehen und erwartet gleichzeitig das die MitarbeiterInnen freudestrahlend wieder zurückkommen, na dann!



Moderne Sklaverei: Die moderne Sklaverei in Deutschland wurde mit der Einführung der Agenda 2010 durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingeläutet, die von der 2003 bis 2005 gebildeten Bundesregierung (Kabinett Schröder II) weitgehend umgesetzt wurde. Ursprünglich sollte die Agenda 2010 das deutsche Sozialsystem und den Arbeitsmarkt reformieren, doch seither wird dieses ausbeuterische System auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen. Zudem wird diese

moderne Art der Sklaverei massiv gegen Menschen angewandt, die sich heute noch in Arbeitsverhältnisse befinden. In diesem Strudel der Ausbeutung werden vor allem LeiharbeiterInnen gesogen. Mit der Einführung der Agenda 2010 schuf die damalige Bundesregierung zugleich die Möglichkeit von extremer Leiharbeit. Unter dem Deckmantel der Personaldienstleistung, schossen Leihfirmen wie Pilze aus den Boden. Als Zwischenhändler fungieren sie bis heute in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit. Sie beuten und erpressen, halten Menschen wie Leibeigene. Verstärkt durch den aus der Agenda 2010 resultierenden Zwang, jede Arbeit annehmen zu müssen, haben Personaldienstleister nahezu uneingeschränkte Möglichkeiten, Menschen in Abhängigkeitsverhältnisse zu halten, auszubluten und zu unterjochen. Eine noch üblere Form der Ausbeutung findet in Deutschland jedoch unter Menschen aus Osteuropa statt. Ob im Baugewerbe, in der Fleischindustrie oder im Pflegebereich, aber auch im Reinigungsgewerbe oder im Rotlichtmilieu, werden sie fast immer von der Außenwelt isoliert. Fernab von der Heimat und ihren Familien, werden sie als AkkordarbeiterInnen wie Tiere im Käfig gehalten. Tägliche Beschimpfungen, sexuelle Übergriffe und Schläge sind keine Seltenheit...

Arbeitsrecht: Obwohl Deutschland über ein umfangreiches Arbeitsrecht zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verfügt, kennen nur die wenigsten von ihnen überhaupt ihre Rechte. Durch Wettbewerbsdruck der Unternehmen und zur Steigerung ihrer Gewinne, werden die Arbeitsrechte der Beschäftigten zudem von den Arbeitgebern zunehmend missachtet, umgangen und oder außer Kraft gesetzt, was einen permanent hohen und nervlichen Druck auf diese ausübt. Begünstigt durch zusätzliche Ausdehnung der Gesetze im Arbeitsrecht – zu Gunsten der Unternehmen – hat die Politik den Unternehmen somit ein Instrument in die Hand gegeben, um die systematische Ausbeutung der Arbeitskraft, des Lohndumpings und den Niedriglohnsektor gewollt voranzutreiben. Anstatt das unsere derzeitige Bundesarbeitsministerin Frau Andrea Nahles diese vernichtenden Gesetzeslücken im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schließt, macht sie immer mehr Hintertüren zu Gunsten der Arbeitgeber auf und überträgt die Verantwortung zugleich den Gewerkschaften. Diese wiederum kooperieren zunehmend mit den Arbeitgebern in sozialpartnerschaftlichen Verhältnissen, was für die ArbeitnehmerInnen bedeutet das sie in dieser verzwickten Situation alleine dastehen!



Die Folgen hieraus sind alarmierend und erschreckend zu gleich!: Durch den Rückhalt der Politik, schalten und walten die Arbeitgeber wie sie wollen. Immer mehr hauseigene Beschäftigte verlieren ihre festen Anstellungen, die dann durch Minijobber oder durch LeiharbeiterInnen ersetzt werden. Diese Praxis hat für Arbeitgeber einen erheblichen Vorteil, so können sie das Arbeitsrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland umgehen und ggf. außer Kraft setzen. Arbeitgeber brauchen somit keinerlei Rücksicht mehr auf die gesetzlichen Rechtsansprüche ihrer Mitarbeiter zuzunehmen!



Die Rolle der Politik: Politik ist die Hure eines Landes, dreckig und verdorben!

Bevor der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die neuen Gesetze Anfang der 2000 Jahre in Deutschland einführt, war das Land noch stabil und den Menschen ging es relativ gut. Doch mit der Einführung der neuen Gesetze veränderte sich das Land rapide,

wurde für Mensch, Arbeit und Gesellschaft zu einem Schreckgespenst.

Billigjobs, Niedriglohnsektor, Leiharbeit, Agenda 2010 und die Hartz IV Gesetze sorgten für massiven Stellenabbau von Vollzeit- und Langzeitjobs, begünstigte zugleich die systematische Ausbeutung der Gesellschaft durch maßlose Gier und förderte gleichermaßen die Armut im Land. Die Menschen wurden langsam aber sicher an den Rand des Abgrunds gedrängt. Die Kluft zwischen Arm und Reich steigt von Jahr zu Jahr und die Mittelschicht wird zunehmend heruntergefahren. Was Altkanzler Schröder mit einem Urknall begonnen hatte wird von der großen Koalition nahtlos fortgeführt. Mit ausschließlichen Blick auf Europa, erweckt diese zudem den Eindruck sich nur dafür zu interessieren nicht aber für das eigene Land. Unterdessen spielen die übrigen politischen Parteien ein perfides Spiel, um Einfluss und Macht, auf Kosten der Menschen in Deutschland. Da wir uns im Wahljahr 2017 befinden, ist die Politik inzwischen zu einem Tollhaus mutiert, die scheinbar keine Grenzen mehr kennt!

Was Konrad Adenauer – erster Bundeskanzler / von 1949 bis 1963 – und Ludwig Erhard – von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft

einst für Deutschland schufen, wurde über Jahre hinweg durch falsche Politik zunichtegemacht. Wenn es nicht schnell einen politischen Wandel gibt, wird massenhafte Arbeitslosigkeit, soziales Elend sowie politische Unruhen das „Bild Deutschland“ bestimmen und prägen. Abgeschnitten von einem Umdenken in der Politik, hat diese Deutschland in eine Art Wachkoma versetzt, doch die Politiker sind nicht fähig dieses so wahrzunehmen, stattdessen hält die Politik lieber an ihrer Ideologie fest und vor allem wollen sie mit aller Macht an dem ausbeuterischen Systemen – was eng verbunden ist mit der „Modernen Sklaverei“ – festhalten!...